

Erklärung an die Öffentlichkeit

Stellungnahme der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF) e.V.
zu der Debatte "Kampf der Kulturen"



Hohenstauffenring 55, 50674 Köln - Tel: 0221-9255493 - Fax: 0221-9255495
Email: didf@didf.de - Homepage: didf@didf.de

Unsere Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF) setzt sich seit knapp 25 Jahren für die kulturellen und sozialen Belange der Migranten türkischer Abstammung ein. Sie engagiert sich für ihre Integration in der Bundesrepublik und den Ausbau der Möglichkeiten, die das Zusammenleben fördern. Zu diesem Zweck sucht sie die Zusammenarbeit mit deutschen Organisationen, Gewerkschaften und politischen Parteien. Mit dieser Erklärung an die Öffentlichkeit möchten wir als eine Organisation mit eben diesem Selbstverständnis zu den Diskussionen, die in den letzten Jahren unter den Stichworten “islamistischer Terror”, “islamischer Fundamentalismus”, “Terrorismusbekämpfung”, “Kampf der Kulturen” etc. geführt werden, Stellung nehmen und gleichzeitig unsere Sorgen, mit der wir diese Diskussionen verfolgen, zum Ausdruck bringen.

Zu allererst muß folgendes festgestellt werden: Der 11. September stellt nicht nur unter weltpolitischen Gesichtspunkten, sondern auch in Bezug auf das Zusammenleben der Migranten mit der hiesigen Gesellschaft einen Wendepunkt dar. Im Zuge des 11. September, der darauf folgenden umfassenden internationalen Entwicklungen und insbesondere der Terroranschläge vom 11. März 2004 in Madrid erlitten die in der Integration und im Zusammenleben gemachten Fortschritte einen Rückschlag. Diese Entwicklung schuf neue Probleme und verlieh den bestehenden Problemen eine neue Dimension. Sie ließ die Vorurteile wieder aufleben, die im Begriff waren, allmählich abgebaut zu werden. Diese Vorurteile wurden in Verbindung mit religiösen und auf historische Sachverhalte zurückzuführenden Motiven wieder stärker. Kurz gesagt; der “Integrationsprozeß” in den westeuropäischen Ländern erlitt einen Dämpfer und wurde komplexer.

Allerdings muss auch betont werden, dass diese negativen Entwicklungen keine unmittelbare und unvermeidbare Folge der Ereignisse seit dem 11. September ist. Zweifellos spielte die Haltung, die angesichts dieser Ereignisse eingenommen wurde, eine wichtige Rolle bei den negativen Entwicklungen bezüglich des “Integrationsprozesses”. Während die Regierungen, die Boulevardpresse sowie reaktionäre Parteien und Organisationen in Westeuropa mit den Ereignissen verantwortungslos umgingen und für sich Kapital daraus zu schlagen versuchten, konnten demokratische und fortschrittliche Parteien und Organisationen, einschließlich unserer Föderation, nicht mit der nötigen Sensibilität und Kraft dagegen auftreten. Sie waren nicht in der Lage, den Einflüssen vom 11. September, 11. März und “Terrorismusbekämpfung” auf den “Integrationsprozeß” zu begegnen und auf die Versuche reaktionärer Kräfte und Kreise mit hinreichender Aufklärungsarbeit zu antworten.

Hier möchten wir erneut und unmißverständlich unterstreichen: Unsere Föderation verurteilt die verbrecherischen Terroranschläge vom 11. September und 11. März ohne wenn und aber – ungeachtet dessen, von wem und in wessen Namen sie verübt wurden. Wir haben Verständnis für die Besorgnis, die aus der Tatsache resultiert, dass diese blutigen Anschläge von “islamisch-fundamentalistischen” Organisationen und ihren Mitgliedern verübt wurden, die zum Teil in westeuropäischen Ländern lebten, wo Menschen unterschiedlicher nationaler und religiöser Herkunft leben. Wir verstehen diese Besorgnis nicht nur, vielmehr teilen wir sie auch. Tatsächlich lehnen wir die Notwendigkeit nicht ab, dass die Gesellschaft vor solchen blutigen Verbrechen geschützt werden muss. Allerdings sind wir der Ansicht, dass die “Sicherheitsmaßnahmen”, die im Rahmen von “Terrorismusbekämpfung” getroffen wurden und werden sollen, nicht diesen Schutz beabsichtigt und ihm auch nicht dient.

Auf diese Verantwortungslosigkeit und den Versuch, Kapital für sich daraus zu schlagen, ging auch der scheidende Bundespräsident Johannes Rau in seiner letzten “Berliner Rede” ein. Der Bundespräsident kritisierte die Verhandlungen zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien bezüglich des Zuwanderungsgesetzes und verurteilte sie berechtigterweise als ein sehr schlimmes Beispiel dieser Politik. Tatsächlich stellt der heute erreichte Stand der viel gelobten Initiative der Schröder-Regierung für ein neues

Zuwanderungsgesetz ein Beispiel für den Mißbrauch dar, der die Entwicklungen nach dem 11. September und in diesem Zusammenhang die Debatte über den “Integrationsprozeß” thematisiert. Freilich, diese Gesetzesinitiative ist nicht Gegenstand unserer Erklärung. Allerdings ist es unseres Erachtens ein Skandal für sich, dass das Zuwanderungsgesetz und die “Sicherheitspolitik” sowie “Terrorismusbekämpfung” als zwei Seiten einer Medaille dargestellt wird.

Es ist offensichtlich, dass von Annäherung und Integration keine Rede sein kann, wenn die Probleme des Integrationsprozesses zu “Sicherheitsproblemen” reduziert werden. Diese Herangehensweise ist unzutreffend und lenkt vom eigentlichen Ziel ab. Darüber hinaus bedeuten ihre Folgen, dass nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Integration, sondern in erster Linie in Bezug auf die bürgerliche Demokratie, die demokratischen Rechte und Werte in den westeuropäischen Ländern Schritte in Richtung eines rigorosen Abbaus unternommen werden. Die halbfaschistoide Politik und Praxis in den USA zeigen und mahnen uns, mit welchen Gefahren diese Entwicklung verbunden ist.

Heutzutage würde kein einziger vernünftiger Mensch, ein ganzes Volk, eine religiöse Gemeinschaft oder eine Kultur als “gefährlich” und “potenzielle Verbrecher” abstempeln. Wir wissen, dass dieses Verständnis besonders in den Ländern Westeuropas allgemein gültig ist. Allerdings begegnen wir in der Tagespolitik, in Publikationen und Erklärungen, die den “islamischen Fundamentalismus” zum Thema haben, unzähligen Beispielen, bei denen diese allgemein gültige Wahrheit außer Acht gelassen wird. Damit meinen wir nicht nur die “Sicherheitsmaßnahmen”, die auf dem Grundverständnis aufbauen, Angehörige einer Religions- und Kulturgemeinschaft als potenzielle Verbrecher anzusehen. Damit meinen wir auch die “Islamphobie”, die teilweise an Hysterie grenzt; die These, der Terror sei eine verinnerlichte Tendenz in der Philosophie des Islam oder Publikationen, die z.B. unter der Überschrift “Religionskonflikte: Kreuz und Halbmond” herumgeistern.

Zusammenfassend möchten wir hier darauf hinweisen, dass das Aufkommen der Tendenzen in der Politik, Muslime als potenzielle Konfliktfaktoren wahrzunehmen, nicht rein zufällig ist. Diese Wahrnehmung ist nicht als spontanes Ergebnis der Terroranschläge “islamistischer Fundamentalisten” zu verstehen. Vielmehr haben wir den Eindruck, dass diese Art von Wahrnehmung wegen verschiedener politischer Abwägungen gefördert wird. Wir müssen auch feststellen, dass die Ablehnung dieser Terroranschläge durch die Muslime in Europa in den Hintergrund gerät. Die in europäischen Ländern lebenden Muslime verurteilen diese Verbrechen genauso wie die einheimische Gesellschaft, und vielleicht noch stärker, weil sie im Namen ihrer eigenen Religion verübt werden. Sie sehen darin eine Gefahr, die ihre eigene Existenz und Zukunft bedroht. Doch aufgrund der verantwortungslosen Politik der Regierungen, der Medien und reaktionärer Parteien gerät diese Ablehnung in den Hintergrund oder wird in Frage gestellt.

Der 11. September und die späteren Entwicklungen bedeuteten nicht nur einen Schlag gegen den “Integrationsprozeß”. Vielmehr zeigten sie auch auf, welche Fehler, Unzulänglichkeiten und Untätigkeiten der Ausländerpolitik westeuropäischer Staaten ihren Stempel aufdrückten. Die Tatsache, dass statt der gerufenen Arbeitskräfte Menschen gekommen waren, blieb jahrzehntelang unberücksichtigt. Die daraus resultierenden Probleme wurden nicht gelöst, sondern für kurzfristige politische Interessen mißbraucht. Die ungelösten sozialen und kulturellen Probleme wurden immer größer. Das rächt sich jetzt und wurde in der Kopftuchdebatte erneut deutlich. Es wurde deutlich, dass es sich beim Kopftuch um die Spitze des berühmten Eisbergs handelt. Allerdings darf man dabei nicht vergessen, dass dieser Eisberg aus den sozialen, kulturellen und politischen Problemen entstand, die auf eine seit über vier Jahrzehnten verfolgte, falsche und pragmatische “Ausländerpolitik” zurückzuführen sind. Und schließlich ist dieser Eisberg mit “Sicherheitsmaßnahmen”, “Islamphobie” oder mit einer allein auf “pro oder contra Kopftuch” begrenzten Maßnahme nicht aus dem Weg zu schaffen.

Es ist interessant zu beobachten, wie die verbreitete "Islamphobie" unter den westeuropäischen Intellektuellen eine Diskussion über "den Stellenwert und die Rolle des Christentums bei der Entstehung westlicher Demokratie" anstieß, während die westeuropäischen Staaten unter dem Vorwand "Kampf gegen den islamistischen Terror" immer mehr demokratische Rechte und Freiheiten abbauten. Heute werden in einigen Zeitungen Debatten zum Thema "Werte Europas – christlich oder nicht?" geführt. Wir sehen, dass manche Intellektuelle dazu tendieren, den Stellenwert und die Rolle des Christentums bei den westlichen Werten, individuellen und gesellschaftlichen Freiheiten, beim Rechts- und sozialen Verständnis in den Vordergrund zu stellen. In diesem Rahmen ist es sogar die Rede von der "Renaissance des Christentums". Tatsächlich kann man in dieser Debatte beobachten, wie sich ein aktives, "politisches Christentum" immer mehr in den Mittelpunkt stellt.

Säkulare, laizistische und aufklärerische Ansichten werden heute zur Diskussion gestellt. In der Bundesrepublik ruft der Theoretiker und einer der führenden Politiker der CDU, Wolfgang Schäuble, "alle Protestanten auf, in der Politik aktiver zu werden"; er behauptet, dass ein "Laizismus, der die Religion in den privaten Bereich verbannt, ein falsch verstandener Laizismus" ist. Im Zusammenhang damit wird einem westlichen (westeuropäischen) Staat eine falsche Interpretation der eigenen Rolle vorgeworfen, wenn er sich "mit einer falsch verstandenen Neutralität" abgibt.

Diese Ansichten werden auch im Zusammenhang mit der Europäischen Verfassung zum Ausdruck gebracht. Wir gehen aber auf diese Debatten sicherlich nicht ein, um auf die Probleme hinzuweisen, die aus dem Beitritt eines Staates mit mehrheitlicher muslimischer Bevölkerung wie der Türkei resultieren könnten. Vielmehr sind wir darüber besorgt, weil sie einerseits Züge gegen die Aufklärung beinhalten und andererseits reaktionären-religiösen Meinungen Tür und Tor öffnen, wie wir dies beispielsweise in den USA sehen. In diesem Zusammenhang drängen sich sofort die Thesen von Samuel P. Huntington in seinem Buch "Kampf der Kulturen" auf. (In einer dieser Thesen wird die Behauptung aufgestellt, der Ursprung der Menschenrechte liege im Christentum. Menschenrechte seien demnach die exklusive Errungenschaft des Christentums. Der Islam hingegen erkenne sie nicht an. Deshalb sei der Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen unausweichlich.) Andererseits ist eine Parallelität zwischen den Entwicklungen in den USA und in Europa unübersehbar. Einerseits ist in den Staaten ein religiöses Staatsoberhaupt an der Macht, das im vermeintlichen "Auftrag Gottes die Demokratie über die Welt zu verbreiten" vorgibt. So werden die Ursprünge der Idee von Nation über Bord geworfen, an ihre Stelle treten aus der Religion übernommene Kategorien. Andererseits werden in Europa Forderungen laut, in Präambel der Europäischen Verfassung "das christliche Erbe" und den "Gottesbezug" aufzunehmen.

Leider stellen diese Tendenzen auch ein Hindernis davor dar, eine andere, bedeutsame Frage auf der richtigen Grundlage zu behandeln. Gemeint ist die Frage, wie es um das Verhältnis des Westens zur "islamischen Welt" bestellt ist. Die Medien und die Intellektuellen gehen an diese Frage eher mit dem historischen Blickwinkel des Verhältnisses "Orient-Okzident" heran. Dabei werden die Kontakte, die der Westen zu Ländern mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung und zu manchen Organisationen aufgebaut hat, sowie die Frage, welche Funktionen er diesen Organisationen im Kampf der Systeme auferlegt hat, fast gänzlich unberücksichtigt. Auf diesen Aspekt wird gern verzichtet. Denn die Rolle, die die USA und andere westliche Großmächte spielten, ist wenig ruhmreich. Der islamische Fundamentalismus war eine Strömung, die vom Westen im Nahen, Mittleren und Fernen Osten provoziert und eingesetzt wurden. So verfolgte der Westen das Ziel, in diesen Regionen die Verbreitung des Antikommunismus zu fördern und somit im Kampf der Systeme Überhand zu gewinnen. Dies ist auch trotz der neuen Situation, dass sich der islamische Fundamentalismus nunmehr gegen den Westen richtet, nicht von der Hand zu weisen. Solange diese Kontakte und ihre schwerwiegenden Folgen nicht auf den Tisch gelegt werden, kann das „Demokratie-Problem in islamischen Ländern“ (besser gesagt, das Fehlen der Demokratie) nicht auf der richtigen

Grundlage verstanden werden. Darüber hinaus können irreführende Schlußfolgerungen gezogen werden, das Fehlen der Demokratie sei auf den Islam und die Demokratie selbst auf das Christentum zurückgeführt werden.

Die Religionsunterschiede spielten in den westeuropäischen Gesellschaften bis vor kurzem keine nennenswerte Rolle. Aus der Sicht des „Integrationsprozesses“ stellten sie zwar ein Problem dar. Es wurde aber als ein Problem angesehen, das mit der Zeit allmählich gelöst würde. Heute stehen wir einer Situation gegenüber, die viel komplexer ist. Das Beharren auf einer pragmatischen „Ausländerpolitik“ und die Debatten der letzten Zeit über „islamischen Fundamentalismus“ oder „Kampf der Kulturen“ mit ihren Folgen ließen in westeuropäischen Ländern manche Vorurteile wieder aufleben. Dies wiederum führte dazu, dass die in diesen Ländern lebenden Muslime die Religion immer mehr als einen Identifikationsfaktor ansehen und sie auch ausleben. Diese Tendenz wird leider übersehen, wenn die Religionsunterschiede als ein „Sicherheitsproblem“ und darüber hinaus als ein „Gefahrenpotenzial“ aufgefasst werden. So wird der Anschein erweckt, als würden die Probleme mit neuen Maßnahmen angegangen, die tatsächlich jedoch die Probleme verstärken. Denn die Bedingungen, die das Auftreten dieser Tendenz begünstigen, sind nicht eine Folge des „islamischen Fundamentalismus“. Vielmehr ist dieses Phänomen ein Ergebnis der seit jahrzehnten verfolgten, falschen „Ausländerpolitik“. Es ist zugleich ein Ergebnis der nationalistischen und pragmatischen Politik, die von den „Herkunftsländern der Ausländer“ verfolgt wird.

Eine Politik, die tatsächlich das Zusammenleben und die Integration zum Ziel hat, muß dieses Phänomen mit seinen vielfältigen sozialen und politischen Faktoren berücksichtigen. So wird offensichtlich, dass in der „Ausländerpolitik“ vielfältige und grundlegende Änderungen vorgenommen werden müssen, die ein breites Spektrum von der Bildung über die Sprache bis hin zur Kultur umfassen. Wir sind uns bewußt, dass die Komplexität der Lage auch unserer Föderation vielfältige Aufgaben und Verpflichtungen aufbürdet. Doch dabei kann es nicht belassen werden. Soziale Verbände und politische Parteien in diesen Ländern, Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen stehen ebenfalls in der Pflicht. Auch sie müssen sich dieses Themas annehmen und Aktivitäten starten, die der Aufklärung der Öffentlichkeit dienen.

Angesichts der Rückschläge, die der „Integrationsprozeß“ erlitten hat, ist es umso notwendiger, dass die demokratische und fortschrittliche Öffentlichkeit aktiver und effektiver wird. Die Intellektuellen und demokratische Organisationen in Europa, allen voran die Gewerkschaften stehen in der Pflicht, das durch die reaktionären Kräfte erzeugte, negative Klima zu ändern. Zu diesem Zweck muss mit Hilfe von Medien und Konferenzen etc. eine Gegenöffentlichkeit geschaffen werden. In diesem Rahmen müssen der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes und die „Antiterrorgesetze“ mit ihren fadenscheinigen Begründungen hinterfragt werden. Wir stehen alle vor der Aufgabe, eine breite Diskussion in diesem Zusammenhang anzustoßen.

Die Völker Europas haben das Mittelalter mit seinen erschütternden Religions- und Konfessionskriegen längst hinter sich gelassen. Sie haben die Unsinnigkeit dieser Kriege in ihr Geschichtsbewußtsein aufgenommen. Auch die Aufklärung, deren Bedeutung für die Menschheits- und Weltgeschichte nicht zur Diskussion gestellt werden kann, verdanken wir ihnen. Deshalb werden sie sich entschieden den Versuchen widersetzen, die Vorstellungen und Geister, die der dunklen, mittelalterlichen Vergangenheit angehören, wachzurufen und wieder hoffähig zu machen. Sie werden für ihre demokratischen Werte und Errungenschaften und nicht zulassen, dass die Saat des Mißtrauens und des Hasses wieder ausgesät wird. Wir glauben fest daran. Dieser Glauben liegt unserer Erklärung zugrunde, die sensible Themen umfasst. Sie ist ein Appell für mehr Sensibilität und Engagement, damit der gesunde Menschenverstand, rationales Denken und Tun siegen; damit die Freundschaft und Solidarität der Völker und nicht der Kampf der Kulturen die Oberhand gewinnen.